

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Dr. Robby Schlund, Armin-Paulus Hampel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/14349 –

Sanktionen gegen Russland aufheben

A. Problem

Die Antragsteller sehen die von der EU im Zuge des Konflikts in der Ost-Ukraine und der russischen Besetzung der Halbinsel Krim verfolgte Sanktionspolitik gegenüber Russland als gescheitert an. Die Sanktionspolitik sei von Anfang nicht im deutschen Interesse gewesen; sie hätte den deutsch-russischen Beziehungen politisch wie wirtschaftlich geschadet, ohne eines ihrer Ziele zu erreichen. Ihre Auswirkungen auf die russische Wirtschaft seien marginal, die Popularität des russischen Präsidenten Putin sei infolge der Sanktionen sogar noch gestiegen. Umgekehrt habe das deutsche Ansehen in Russland Schaden genommen und der deutschen Wirtschaft insbesondere in den neuen Bundesländern seien Verluste in Milliardenhöhe entstanden. Es sei an der Zeit, im Verhältnis zu Russland, das für Deutschland wie die EU ein wichtiger Partner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen sein könne, auf Kooperation statt auf Konfrontation zu setzen. Die Bundesregierung solle sich in der EU für eine Aufhebung sämtlicher Sanktionen einsetzen und stattdessen einen Ausbau der Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene anstreben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14349 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Nils Schmid, Dr. Anton Friesen, Renata Alt, Heike Hänsel und Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/14349** in seiner 121. Sitzung am 24. Oktober 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sehen die von der EU im Zuge des Konflikts in der Ost-Ukraine und der russischen Besetzung der Halbinsel Krim verfolgte Sanktionspolitik gegenüber Russland als gescheitert an. Die Sanktionspolitik sei von Anfang nicht im deutschen Interesse gewesen; sie hätte den deutsch-russischen Beziehungen politisch wie wirtschaftlich geschadet, ohne eines ihrer Ziele zu erreichen. Ihre Auswirkungen auf die russische Wirtschaft seien marginal, die Popularität des russischen Präsidenten Putin sei infolge der Sanktionen sogar noch gestiegen. Umgekehrt habe das deutsche Ansehen in Russland Schaden genommen und der deutschen Wirtschaft insbesondere in den neuen Bundesländern seien Verluste in Milliardenhöhe entstanden. Es sei an der Zeit, im Verhältnis zu Russland, das für Deutschland wie die EU ein wichtiger Partner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen sein könne, auf Kooperation statt auf Konfrontation zu setzen. Die Bundesregierung solle sich in der EU für eine Aufhebung sämtlicher Sanktionen einsetzen und stattdessen einen Ausbau der Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene anstreben.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/14349 in seiner 54. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14349 in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Dr. Anton Friesen
Berichtersteller

Renata Alt
Berichterstellerin

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Manuel Sarrazin
Berichtersteller

